



Niederschrift

8. Plenarsitzung des Gemeinderates
24. März 2020, 15:30 Uhr
nicht öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 57 der Tagesordnung: Mitteilungen des Bürgermeisteramtes

Beschluss:

Kenntnisnahme

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 57 auf.

Hier gibt es ein Interesse der Öffentlichkeit, wie jetzt verschiedene Fragestellungen im Zusammenhang mit der aktuellen **Corona-Krise** bewerkstelligt werden. Ich habe auch den einen oder anderen Punkt, was die zukünftigen Planungen betrifft, den wir nachher nichtöffentlich erörtern sollten. Insofern möchte ich erst die öffentlichen Informationen geben und dann darum bitten, Nichtöffentlichkeit herzustellen. Falls es noch von Ihrer Seite aus Fragen gibt, bei denen es wichtig ist, diese uns nicht öffentlich zu stellen, dann halten Sie das jetzt zurück, wir können das nachher noch diskutieren.

Es hat aus Ihren Reihen einiges an Anfragen gegeben, wie gehen wir jetzt mit Kultureinrichtungen, wie gehen wir mit Sozial- und Schuleinrichtungen um, vor allem mit dem ganzen Bereich der Sozialstrukturen um Schule, Kindertagesstätte, Kinder- und Jugendhilfe, Schulbegleiter, Tagespflegeeltern und so weiter. Wir müssen erste Konsequenzen zum Thema Haushaltsberatungen ziehen, und es gab auch viele Anliegen, wir sollen uns für Kleingewerbebetreibende einsetzen, Einzelhändler, Einzelkulturschaffende und Freiberufler. Es gibt im Moment eine unüberschaubare Gruppe an Menschen, die durch diese Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung, nicht durch den Virus, schwer betroffen sind und bis in Existenzfragen getrieben werden. Wir wollen jetzt versuchen, Ihnen den aktuellen Stand der verschiedenen Punkte zu referieren, und ich darf deswegen Herrn Dr. Käuflein bitten, zum Thema Kultur hier etwas einzubringen.

Bürgermeister Dr. Käuflein: Zum Kulturbereich: Es ist ein paar Tage her, dass ich gegenüber der Presse erklärt habe, dass wir nach Hilfsmöglichkeiten für die Kulturschaffenden und die Kulturinstitutionen suchen. Ich kann Ihnen heute drei Maßnahmen nennen.

1. Wir haben verabredet, dass die Stadt und die städtischen Gesellschaften, die Fächer GmbH und die Volkswohnung bei den Kultureinrichtungen die Mieten bis zum 30.06.2020 stunden.
2. Wir haben gesagt, dass bei den Kultureinrichtungen, die städtische Förderung bekommen - diese Förderung wird in mehreren Raten ausbezahlt -, auf Antrag Raten vorgezogen werden können, maximal alle Raten für das laufende Jahr.

Was erreichen wir mit diesen zwei Maßnahmen? Wir erreichen, dass bei den Kultureinrichtungen die Liquidität erhalten bleibt, und wir gewinnen zunächst einmal Zeit. Es muss keine Kultureinrichtung aufgrund der aktuellen Krise schließen.

3. Ich will darauf verweisen, dass wir Projektmittel haben, die abgerufen werden können, jetzt vor allem für digitale Projekte Kunst- und Kulturprojekte im Internet. Einzelheiten bitte ich mit dem Kulturamt/-büro zu klären.

An der Stelle ein Hinweis, der dann zugleich auf andere Bereiche überleitet, der aber auch den Kulturbereich betrifft. Ich möchte auf dieses Sofort- oder Nothilfeprogramm des Bundes verweisen. Gestern war es im Kabinett, am Mittwoch kommt es in den Bundestag und noch diese Woche, mir wurde Freitag 12:00 Uhr genannt, wird es möglich sein, Anträge aus diesem Programm zu stellen. Das betrifft Selbständige und Kleinunternehmen im Kulturbereich. Das sind jetzt die drei Punkte, die ich Ihnen für heute nennen kann. Ich verspreche Ihnen, dass wir an diesem Thema dranbleiben.

Der Vorsitzende: Das zum Thema Kultur. Es wird hier eine Linie deutlich, die Sie gleich noch von anderer Seite hören werden. Wir versuchen erst mal die Mittel, die wir im Haushalt für die einzelnen Adressaten haben, flexibel einzusetzen, um Liquidität zu überbrücken und das Überleben zu sichern. Stundungen sind erst mal gestundet, die sind nicht erlassen, und wir können alle nur motivieren, sich an die Hilfsprogramme der Landes- und Bundesregierung zu wenden, die aber im Moment noch zu unscharf sind, und wo wir noch nicht wissen, ob sie am Ende greifen oder nicht und ob es Ende des Jahres realistisch ist, dass dann die einzelnen Institutionen die gestundete Miete zahlen können oder nicht, das müssen wir im zweiten Halbjahr in Ruhe diskutieren. Jetzt geht es erst mal darum, diese Zeit zu überbrücken und den Haushalt nicht zu überdehnen, dafür bräuchte ich von Ihnen einen Beschluss. Trotzdem ist damit nicht gesagt, dass man nicht im Einzelfall am Ende des Jahres noch anders damit umgehen muss. Aber da wäre jetzt erst mal mein Wunsch, dass man versucht, an die entsprechenden Hilfsfonds auf anderer Ebene zu kommen, die zumindest mal, wenn man den offiziellen Verlautbarungen glaubt, genau auf diese Zielgruppen ausgerichtet sind.

Jetzt kommen wir zu den vielfältigen Fragen, die sich im Sozialen ergeben.

Bürgermeister Dr. Lenz: Ich darf vielleicht gerade anschließen, und zwar zuerst mit dem Jobcenter, wir sind gemeinsam Träger desselben, zusammen mit der Agentur für Arbeit. Sie konnten es vielleicht auch schon lesen, dass wir gleich vom ersten Tag an, mit Beginn der Schließung der Schulen und Kitas, aktiv wurden. Das ist jetzt der Zeithorizont, den wir

aufmachen werden, nämlich alles was ich jetzt sage, ist unter dem Vorbehalt bis 19.04.2020 gültig. Das sage ich richtig, weil wir es heute Morgen besprochen haben. Wir hoffen, dass die Krise endlich ist, dass wir aber mit Blick auf die Verantwortung, unter dem Einbezug von Ihnen als Politiker, uns dann bei neuen Maßnahmen in einem beschließenden Gremium natürlich erst mal im Rahmen des Haushaltes bewegen, wie es eben Herr Oberbürgermeister gesagt hat.

Zum Jobcenter jetzt nur ganz kurz, das sind die existenzsichernden Maßnahmen, die greifen auch auf Sportlehrerinnen und Lehrer und Trainer und es geht dann in das ganze Feld der Selbständigen oder wie man so sagt der Soloselbständigen. Wir hoffen natürlich, dass zunächst die Agentur mit dem Sozialgesetzbuch III Kurzarbeitergeld/Arbeitslosengeld greift, denn das ist der Sozialstaat in Deutschland. Das ist das Gute, dass wir inzwischen sehr vernetzt mit dieser Bundesbehörde sind, deswegen arbeiten der Chef, Herr Zenkner, der Agentur - wir telefonieren täglich - und unserer gemeinsamer Geschäftsführer, Herr Kölmel, natürlich sehr eng miteinander. Nur eine Zahl, dreihundert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hat diese Agentur und zweihundert, jeweils hundert für Arbeitgeber und hundert für Arbeitnehmer, arbeiten überwiegend im Homeoffice und sind quasi die Telefonie, die für die kurzfristige unbürokratische Hilfe steht, sodass man auch am Telefon durchkommt. Die Masse wird nicht sehr gering sein, die jetzt auf das Jobcenter und die Agentur zurollt, dass das auch schnell abgewickelt werden kann. Das sieht sehr anstrengend aus, wird es wahrscheinlich auch zunehmend. Dies alles, Stand heute 16:12 Uhr, da ist noch nicht Land unter, aber daran merken Sie, wie angestrengt die Kollegen in der Brauerstraße und in Durlach sind.

Jetzt zu unserem Bereich der Wohnungslosenhilfe, dazu möchte ich gar nicht viel sagen, ich verweise auf das Gesamtkonzept Wohnungslosenhilfe. Unser hoher Standard hilft uns natürlich in solch einer Krise, wo es um einen Virus geht. Sie können sicher sein, die Kolleginnen und Kollegen arbeiten nicht nur fieberhaft im Außen, sondern auch sehr im Stillen, ich veröffentliche es heute auch, mit zusätzlichen Einrichtungen anmieten, eventuell falls es mal zu dem Fall käme, dass man ein Haus räumen müsste. Davon sind wir weit entfernt, aber unser gutes Verhältnis zu Sozialinvestoren, zu diesem doch der sozialen Vermietermarkt, Wohnraumakquise durch Kooperation, ist wichtig. Die vielen Einzelzimmer sind eine Prävention, woran wir nie dachten, als Präventionsmaßnahme, also insofern haben wir da auch Stand heute alles im Griff.

Wo es haushaltsrelevant wird, und wir auch auf Sie zukommen werden, das ist dann tatsächlich dieser riesige Bereich Kitabetreuung, Tagesmütter, Schulbegleitung, Jugendhilfeeinrichtungen und Schülerbeförderung, all dies lassen wir bis 19.04.2020 auf der Grundlage ihrer Beschlüsse weiterlaufen, aber natürlich nicht wie gewohnt, es muss die Leistung im Einzelfall nicht erbracht werden, zum Beispiel in der Schulbegleitung, das hat die KAL für heute angefragt. Da bitten wir die Träger um kreative Lösungen, wer ein Kind nicht in die Schule begleitet, der begleitet es vielleicht zum Arzt oder wohin auch immer. Ich muss jetzt keine Fantasie entwickeln. Ich glaube, die Selbsthilfepotenziale, meine Damen und Herren, sollten wir an der Stelle auch nicht unterschätzen. Ich habe bis heute keinen einzigen Anruf einer unsere zweihundert Sportvereine, und habe am Wochenende mal durchtelefoniert. Auch das erspare ich Ihnen im Einzelnen, das werde ich im Sportausschuss berichten. Es ist eine große kreative Solidarität, aber auch die Bereitschaft, die staatlichen Systeme, die vorgeschaltet sind, auch in unserem Feld zu nutzen.

Jetzt komme ich zum Hauptbrocken, auf den wir dann, wie heute Morgen besprochen, Herr Oberbürgermeister, mit einer Vorlage auf Sie zukommen werden. Auch das haben wir, im vergleichsweise „Kleinen“ schon mal eingeübt. Nämlich beim Streik der Erzieherinnen und Erzieher der städtischen Kitas. Sie merken es schon, es geht um die Rückerstattung der Kitabeiträge, da haben wir immerhin die Erzdiözese Freiburg mit an der Seite, die auch ihre kirchlichen Träger dazu aufgerufen hat. Deswegen ist es nicht nur eine öffentliche Geschichte, aber Sie merken schon, worauf ich hinaus will, es wird irgendwann eine landesseitige Städtetag-/Landesregierungslösung kommen müssen, wenn die Krise weiter geht. Wir sagen Ihnen aber heute, wenn Sie dem dann zustimmen, wir machen für den 28.04.2020 eine Vorlage, sodass auch wir in der Lage sind, die Kitabeiträge der freien Träger mit zu übernehmen. Wir werden Ihnen auch einen Deckungsvorschlag für dasselbe machen, da geht es uns einfach darum, wie bei Tagesmüttern. Da könnte man auch sagen, wieso gehen die nicht zur Agentur wie bei Schulbegleitung und wie auch immer. Wir können eigentlich nicht im Feld Mangelberuf, so die Haltung des Bürgermeisteramtes, dann vom System, von der Struktur, auf jeden Fall wieder hochfahren, so Gott will, vielleicht schon am 21.04.2020, dann reden wir wieder über etwas ganz anderes, wenn die Kitas wieder öffnen. Deshalb der Vorschlag des Oberbürgermeisters an Sie, 19.04.2020 als Deadline, um dann zu sehen, wie die staatliche Seite mit der Schließung von Kitas und Schulen agiert. Dann können wir wieder den nächsten Schritt tun. Sie merken es, wir wollen vor allem Sicherheit ausstrahlen. Herr Dr. Käuflin hat es für seinen Bereich gesagt, wo Liquidität erhalten oder hergestellt werden kann, tun wir dies, da wo wir Strukturen, und das ist sicherlich auch in Ihrem Sinne, erhalten werden müssen, unserer Ansicht nach, da gehen wir dann auch über das Maß hinaus. Ein Verwendungsnachweis ist im Moment unsere letzte Sorge, insofern habe ich an der Stelle das Tableau so weit aufgemacht, was unseren Bereich der sozialen Stadt anbelangt. Ich habe es immer wieder gerne gesagt, den lokalen Sozialstaat braucht es in Deutschland, ich kann mich gar nicht daran erinnern, dass wir ihn zuvor so gebraucht haben. Deswegen bedanke ich mich auch bei dem ganzen Netzwerk und bei allen, die da mitmachen, und zum Jugendhilfeausschuss kommen wir nachher noch.

Der Vorsitzende: Ich möchte vielleicht ergänzen, dass wir uns einig sind, dass es bei einer, wenn es denn so bleibt, fünfwöchigen Schließung, davon noch zwei Wochen in den Osterferien, nicht sinnvoll sein kann, dass wir die Träger jetzt unter Druck setzen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kurzarbeit oder zum Arbeitsamt zu schicken. Deswegen treten wir mit dem Vorschlag an Sie heran, die Jugendhilfe- und Erziehungshilfemaßnahmen weiterzuzahlen, wozu wir im Einzelfall vertraglich sowieso verpflichtet wären, die ganzen Tagespflegeeltern, die Schulbegleitung weiterzubezahlen, allerdings wollen wir dann auch noch die Schulbegleiter dazu auffordern, mit den Kindern etwas anderes zu unternehmen, statt sie zur Schule zu begleiten, denn die Entlastung haben die Eltern dann zum Teil auch dringend nötig und auch nicht nur die Kindergartenbeiträge für diese nicht erbrachte Leistung rückzuerstatten, sondern auch die Kindergartenbeiträge bei den freien Trägern zu übernehmen, damit die nicht in ihre Struktur eingreifen müssen. Wenn das über den 19.04.2020 hinausgeht und wir zunehmend auch in finanzielle Gesamtschwierigkeiten der Stadt geraten würden, müssten wir darüber ab 01.05.2020 eine neue Lösung finden. Da haben wir dann in dieser einen Gemeinderatssitzung Ende April nicht nur die Zeit, uns von Ihnen das Votum abzuholen, dass wir so verfahren können, denn natürlich ist die Übernahme der Elternbeiträge der freien Träger im Moment noch durch keine Beschlusslage gedeckt, sondern dann auch mit Ihnen darüber zu konferieren, wie es ab dem 1. Mai 2020 weitergehen soll, weil wir nicht eine unabsehbare Zeit Beiträge übernehmen können, die gar nichts mit unserer

Einrichtung zu tun haben. Wir glauben aber, dass wir damit zum einen erst mal für die fünf Wochen die Sicherheit schaffen, dass das System nicht auseinanderfällt oder infrage gestellt wird und es auch allen ersparen, sich als Tagespflegeeltern oder Einzelpersonen an das Jobcenter oder sonst was zu wenden, um damit auch das Tor offen zu halten, denn das Land hat letztlich diese Verordnung zur Schul- und Kindergartenschließung angesetzt. Es gibt die Forderung an das Land, dass es dann damit die entstehenden Unkosten übernehmen muss. Das ist etwas, das wir auf anderer Ebene noch weiter diskutieren. Wir wollen jetzt erst mal vor allem nicht, dass die Trägerlandschaft und das ganze Netzwerk jetzt hier wegen fünf Wochen auseinanderfallen. Das ist das, was wir jetzt Ihnen hier an der Stelle vorschlagen. In Teilen ist es gedeckt, durch die Beschlüsse, die Sie schon gefasst haben, in einzelnen Teilen geht es darüber hinaus, sodass wir Ihnen Ende April eine Entscheidung vorlegen. Insofern ist es unser Vorschlag, aber es ist letztlich noch nicht in einigen Aspekten endgültig autorisiert.

Vielleicht noch ein paar Zahlen dazu. Die Zahl der Kindergartenkinder, die bei uns in der Notbetreuung sind, nimmt jetzt eher wieder zu. Wir haben im Moment 278 Kinder in dieser Betreuung, ein Drittel der Kinder sind unter drei Jahren und zwei Drittel sind über drei Jahren. Die Notfallbetreuung für Schulkinder ist jetzt auf 159 Kinder angewachsen. Wenn Sie überlegen, wie viel Kinder wir insgesamt haben, dann sind das vergleichsweise kleine Zahlen, aber dennoch ganz wichtige Angebote, die auch die Osterferien über durchlaufen, was sich auch noch mal unterscheidet von dem, was Sie bei manchem dieser Angebote sonst kennen.

Ich möchte zum Haushalt einfach nur ansprechen, dass wir neben den Maßnahmen die Herr Lenz dargestellt hat, jetzt vor allem auch versuchen, viele die bei uns anfragen, Gewerbetreibende und alle anderen, soweit zu beraten, dass sie vor allem über Ihre Verbände die aktuellen Programme der Bundes- und Landesregierung anpeilen und auch hier Kontakt herstellen. Zum Thema Jobcenter ist es mir noch mal ganz wichtig, dass wir bisher nicht die Erfahrung machen, dass Menschen nicht den Zugang zum Jobcenter finden, trotz des reduzierten Services, den es dort gibt. Da würde ich auch sofort reagieren, wenn es anderweitige Rückmeldung gäbe, denn wir können die Menschen, die durch die Schutzmaßnahmen jetzt in eine Notlage geraten, jetzt nicht auch noch vor dem Jobcenter vor unüberwindbare Hürden setzen, sondern wir müssen dort, genauso aber auch bei unserer klassischen Sozialbehörde, wir müssen jedem den Zugang ermöglichen und ihm dann auch möglichst unkonventionell und unbürokratisch helfen. Gerade das Ende des Monats März, wenn sozusagen normalerweise das Gehalt käme, ist ein Zeitpunkt, der für viele Familien im Hinblick auf die eigene Miete durchaus kritisch werden kann. Die Volkswohnung wird hier auch mit ihren eigenen Mieterinnen und Mietern sehr wohlwollend umgehen, was Stundungen und solche Dinge betrifft. Ich kann nur an alle anderen Vermieterinnen und Vermieter in der Stadt appellieren, hier ein vernünftiges Verhältnis zu finden. Denn es kann keinem daran gelegen sein, dass jetzt in dieser Zeit auch Aus- und Umzüge oder sonstiges stattfinden, dass Strukturen und auch Personen hier Schaden nehmen, die vielleicht dann auch vielleicht wieder gut anlaufen können, wenn die Krise irgendwann einmal vorbei sein sollte.

Zum Thema Haushalt möchte ich Ihnen ankündigen, dass wir im Moment überlegen oder relativ sicher absehen können, dass die geplante Haushaltseinbringung Ende Juli sehr kritisch ist, weil wir bis dahin eigentlich noch gar nicht abschätzen können, wie sich dieses Krisenjahr auf das nächste Jahr 2021 auswirken wird. Eigentlich wird das erst im dritten Quartal frühestens möglich sein. Sie wissen, da gibt es immer diese Novemberschätzung. Wir sind im Moment am Diskutieren, wie wir die Haushaltsberatung so verschieben, dass wir dann auf

einem etwas solideren Grund überhaupt das Jahr 2021 verabschieden können. Es ist mir dennoch wichtig, auch wenn das in einzelnen Punkten nicht so ganz einfach werden wird, dass wir im September schon ungefähr wissen, ob wir mit großen Kürzungsrunden rechnen müssen oder nicht. Das ist für die, die von uns Zuschüsse bekommen, um damit Personal zu bezahlen, außerordentlich wichtig, denn Sie wissen es, es gibt gewisse Fristen der Arbeitsagentur und sie müssen sich vorher gegebenenfalls möglicherweise später arbeitslos melden, sobald so etwas absehbar ist. Bis dahin, das wäre aus meiner Sicht Ende September, brauchen die Träger hier eine Ansage, in welchem Level wir ungefähr im Jahr 2021 unsere ganzen Unterstützungen und Service und auch Systeme weiter finanzieren können. Wir überlegen im Moment auch, dass wir dann nur einen Einjahreshaushalt aufstellen werden, weil, was für 2021 schon schwierig wird, wird für 2022 noch schwieriger. Das werden wir Ihnen dann im April, spätestens im Mai zur Entscheidung vorlegen. Sie sollen jetzt nur wissen, in welche Richtung wir im Moment denken, weil wir auch nicht auf Fantaziehahlen einen Haushalt aufbauen, der uns dann alle paar Wochen wieder zu irgendwelchen Korrekturen bringt. Welche Probleme jetzt die aktuelle Haushaltslage auch für den Haushaltsvollzug des aktuellen Jahres 2020 mit sich bringt, da hoffen wir, dass wir Ende April etwas klarer sehen. Im Moment haben wir es durch verschiedene Kreditaufnahmen geschafft, unsere Liquidität zu sichern und nicht von den Gewerbesteuervorabzahlungen abhängig zu machen, die jetzt zum Großteil schon ausfallen oder gestundet werden. Sie wissen, wir sind aus Sicht der Liquidität nicht immer so super aufgestellt, weil wir dann für hinterlegtes Geld entsprechende Zinsen zahlen müssten. Wir suchen uns am Kapitalmarkt die entsprechende Liquidität, was uns im Moment auch nichts kostet, das ist jetzt nicht das Problem, aber inwieweit wir jetzt weitere Maßnahmen in Laufe des weiteren Jahres ergreifen müssen, das diskutieren wir noch, das können wir auch noch nicht absehen. Sie sollen dies einfach wissen, sowohl zur Einnahmeseite, wir haben die Gewerbesteuer schon vor Corona etwas korrigieren müssen, wir werden Sie jetzt wahrscheinlich drastisch weiter korrigieren. Wir haben bestimmte Ausgabenblöcke, wie etwa die des öffentlichen Personennahverkehrs, welche sicherlich dieses Jahr größer ausfallen werden als es in den letzten Jahren war. Da merken Sie, wenn die Ausgaben hochgehen und die Einnahmen runter, dann kommt man doch relativ schnell in eine gewisse Schieflage. Das zu dem Thema Finanzen.

Wenn Sie Frage haben, dann melden Sie sich einfach, sonst rattere ich hier die Informationen weiter durch.

Dann darf ich Ihnen ankündigen, dass wir den Jugendhilfeausschuss absagen, der für übermorgen geplant ist. Das hat etwas mit nicht ausreichender Beschlussfähigkeit zu tun, und da der Jugendhilfeausschuss ein beschließender Ausschuss ist, macht es auch keinen Sinn, ihn zu veranstalten, wenn er nicht beschlussfähig ist. Da die Nichtbeschlussfähigkeit auch sehr stark daher rührt, dass die entsprechenden Repräsentantinnen und Repräsentanten der freien Träger sich von dieser Jugendhilfeausschusssitzung abgemeldet haben, nehmen wir es so wahr, dass damit das Angebot der Vorberatung sozusagen nicht genutzt werden kann, und wir mit einigen Vorlagen, die zeitkritisch sind, dann einfach in den Gemeinderat gehen. Wir werden die freien Träger auffordern, uns gegebenenfalls kritische Rückmeldungen schriftlich zukommen zu lassen, damit wir sie dann im Rahmen der Gemeinderatssitzung noch berücksichtigen können. Für den anstehenden Sportausschuss am Freitag, würden wir Ihnen vorschlagen, dass Sie uns bitte rückmelden, ob Sie mit Ihren Fraktionen vertreten sein können. Wir würden Ihnen vorschlagen, dass wir diesen Ausschuss auch dann zusammenrufen, wenn er nicht beschlussfähig ist, weil er nur beratend ist. Dann könnten die einzelnen Vertreter aus

Ihren Fraktionen dort von dieser Beratungsmöglichkeit Gebrauch machen. Wenn aber am Ende allerdings nur vier Leute kommen, dann brauchen wir ihn auch gar nicht veranstalten lassen. Da wäre uns recht, wenn sie uns bis morgen Mittag eine Mitteilung geben, ob mindestens einer von jeder Fraktion kommt. Das würden wir empfehlen, dann entscheiden wir letztlich, ob wir ihn durchführen oder absagen.

Da wir aber solche Beratungsinhalte aus der Gemeinderatssitzung gerne draußen halten wollen, wäre mein dringender Appell, dass wir die Fachberatung weiter in den Ausschüssen machen und hier die entsprechenden Möglichkeiten nutzen. Es gibt ein Schreiben des Städtetags, wie man jetzt noch mit Gemeinderatssitzungen und Eilentscheidungen umgehen kann, die jetzt wegen nicht vorhandener Beschlussfähigkeit trotzdem nötig sind. Das Schreiben ist erst heute gekommen, das würden wir auswerten und Ihnen dann einfach noch mal zur Verfügung stellen, in einer ausgewerteten Form, gegebenenfalls dann auch vor der nächsten Gemeinderatssitzung, um mit Ihnen diese Alternativen besprechen. Es wäre uns sehr wichtig, dass Sie uns möglichst zehn/zwölf Tage vor der nächsten Gemeinderatssitzung andeuten könnten, wie vollständig Sie an der nächsten Gemeinderatssitzung Ende April dabei sind, damit wir abschätzen können, ob wir so eine Notmaßnahme ergreifen müssen, weil wir doch zu Entscheidungen kommen müssen, oder ob wir einfach wieder ganz normal die Gemeinderatssitzungen stattfinden lassen. Eine solche Notentscheidung würde bedeuten, dass man mit einer deutlich reduzierten Anzahl von Personen dann trotzdem zu Entscheidungen kommt. Solche Verfahren gibt es, aber dann bilden sich die Mehrheitsverhältnisse überhaupt nicht mehr ab. Man wird dann keine großen Diskussionen mehr führen. Sie würden damit ganz viel Handlungsspielraum aufgeben und auch im Grunde bilden sich dann keine politischen Mehrheiten mehr ab. Ich würde Ihnen von daher persönlich raten, und auch für uns als Verwaltung ist es wichtig, dass wir versuchen, lieber in reduzierter Anwesenheit, aber dann eine ordentliche Gemeinderatssitzung durchzuführen, wo man das eine oder andere durchaus den Mehrheiten entsprechend entscheiden könnte, so denn so etwas ansteht.

Dann möchte ich Ihnen noch mitteilen, dass wir mit unserer Krisen-Hotline zu Corona sehr gute Erfahrungen machen. Wir haben seit dem 29.02.2020 jetzt 12.360 Anrufe, die bei uns eingingen. Davon konnten wir in etwa 10.300 Fällen eine persönliche Auskunft geben. Wir hatten zeitweise Tage mit 1.700 Anrufen, letzten Sonntag ist das Aufkommen wieder auf 200 Anrufe zurückgegangen, aber nachdem am Sonntagabend die Bundesregierung eine neue Verordnung angekündigt hat, ist es am Montag wieder nach oben geschnellt. Ich möchte mich an der Stelle auch noch mal bedanken, bei allen die an der Hotline sitzen. Es sind nicht nur die Menschen, die auch sonst unser Bürgertelefon und unsere 115 bearbeiten, sondern wir haben hier Unterstützung aus den Bäderbetrieben, aus dem Landratsamt und aus vielen anderen Institutionen. Wir haben jetzt dort auch vier Personen unseres internen Beratungsdienstes platziert, sodass auch schwierigere psychische und psychosoziale Fragen zum Teil in siebzig minütigen Telefonaten von Fachleuten bearbeitet werden. Es gibt auch über das Dezernat 3 ein eigenes Familientelefon, wo man entsprechende Familienanliegen miteinander in eine Beratung bringt. Ich glaube, es war eine gute Sache, dass wir hier trotz aller Reduzierung genau dieses Angebot mit neuen Schulungen und allem, was dazu gehört, hochgefahren haben und damit auch sehr stark zur Beruhigung beitragen konnten.

Wir werden trotzdem ab Donnerstag unser Angebot, das im Moment von 8 Uhr bis 18 Uhr geht, auf 9 Uhr bis 16 Uhr wieder zurückfahren, weil wir außer jetzt am Montag sehen, dass die

Zahlen sehr stark zurückgegangen sind. Dann kommen wir auch mit einer Schicht durch den Tag und müssen hier keine zwei Schichten machen. Ob wir weiter die Wochenenden hindurch öffnen, das wissen wir noch nicht genau. Möglicherweise, nachdem der letzte Sonntag schon relativ schwach war, können wir uns den Sonntag an dieser Stelle sparen, was uns auch organisatorisch auch einiges an Erleichterung verschaffen würde. Ich möchte auch auf unseren Online-Kanal hinweisen, der auch sehr stark nachgefragt wird, und auch ein gutes Informationsportal ist, das sich hier etabliert hat und welches wir zusammen mit dem Landkreis betreiben. Wenn Sie dann die Zahlen sehen, die ich gerade in meinem Kruschtel nicht finde, dann kommen wir hier auf bemerkenswerte Zahlen der Zugriffe. Auch unsere einzelnen kleinen Interviews und all das, was wir dort laufen haben, finden doch eine rege Nachfrage und das ist, glaube ich auch, noch mal eine gute Bestätigung. Er ist als ergänzender Informationskanal mittlerweile hoch anerkannt und genutzt. Ich möchte noch auf eine weitere Aktion hinweisen, die jetzt diese Tage entwickelt wird, Sie werden das demnächst auf den Straßen sehen. Weil wir eine Reihe von Plakatständern haben, die wir nun nicht mehr für kulturelle Veranstaltungen nutzen können, weil es die nicht mehr gibt, werden wir Danke-Plakate plakatieren, wo wir die Berufsgruppen ansprechen, die jetzt im Grunde durcharbeiten müssen. Das Ganze wird von der City-Initiative Karlsruhe getragen und ist verbunden damit, dass jetzt ein Online-Portal aufgeschaltet werden soll, auf dass die hiesigen Einzelhändler ihre aktuellen Angebote stellen, die dann über Telefonbuchungen oder Online-Bestellungen abgerufen werden können und durch unsere Fahrradkuriere den Weg nach Hause findet. Wir wollen dem erstarkten Online-Handel auch ein eigenes örtliches Portal entgegenstellen. Es haben sich 87 Unternehmen gemeldet, die sich an diesem Portal durch ihre Angebote beteiligen. Wir werden darauf auch auf unseren Plakaten hinweisen. Es sind 1.500 Plakatständer dafür möglich. Auch darauf will ich Sie ausdrücklich hinweisen. Wir werden in einer ersten Phase auch die Kosten für einen Fahrradkurier in einer nicht allzu großen Höhe übernehmen, aus unseren ganzen City-Förderungsbudgets und damit dem Ganzen einen guten Start geben und auch hier unserem Einzelhandel ganz konkret auf diese Weise unter die Arme greifen.

Jetzt habe ich noch die Portalentwicklung gefunden, unser Corona-Informationsportal. Wir sind seit dem 13.03.2020 um 13 Uhr online, wir haben bis gestern Abend in elf Tagen 1,35 Millionen Abrufe, pro Tag 120.000 Zugriffe. Die Startseite ist allein 500.000 mal abgerufen worden, so Themen wie die Allgemeinverfügung der Landesverordnung oder Wochenendbilanz, die Aufrufe des Oberbürgermeisters und andere haben dort sehr hohe Zuschaltzahlen, sodass wir merken, dass es ganz wichtig war, hier mit so einem gemeinsamen Portal an die Menschen heranzutreten. Dann haben Sie es heute vielleicht schon mitbekommen, es ist auch schon auf unserem Portal Thema, dass wir den ersten Corona-Todesfall in der Stadt zu beklagen haben. Das ist von den sechs gestern überhaupt nur stationär behandelten Patienten in Karlsruhe Stadt und Land eine sechzigjährige Dame aus Rheinstetten, die aber mit einer schwerwiegenden Vorerkrankung in stationäre Behandlung kam, die aus einer eigenen Entscheidung heraus für sich die Intensivbeatmung abgelehnt hat. Von daher ist es doch noch mal ein Sonderfall und kein Hinweis darauf, dass unser medizinisches System an der Stelle nicht leistungsfähig gewesen wäre.

Das ist jetzt mal aktuell zu dem, was ich beim Thema Corona alles zu erzählen hätte, alles, was ich erzählen wollte. Gibt es von Ihrer Seite noch entsprechende Nachfragen? Gut. Es gab auch eine umfangreiche Anfrage der Linken, die jetzt heute nicht vertreten sind. Wenn Sie auch noch weitere Nachfragen haben, bitte bringen Sie die immer ein. Wir haben im Moment

dreimal die Woche Verwaltungsstab, es gibt jeden Tag eine Telefonkonferenz. Wir versuchen im Moment Folgendes sicherzustellen, das will ich auch ankündigen: Wir müssen uns darauf einstellen, dass es in einzelnen Pflegeheimen - im Landkreis ist es schon so - coronapozitive Bewohnerinnen und Bewohner gibt. Da diskutieren wir gerade darüber, wie wir die ärztliche Versorgung dieser Heime und dieser Personen aufrechterhalten können, ohne dass die dann alle am Ende in stationärer Behandlung landen, weil wir sonst kein Versorgungssystem haben. Das ist ein Thema, welches uns im Moment umtreibt.

Wir haben dieses Testzentrum Corona eingerichtet, was gut angenommen wird. Wir überlegen im Moment, wie wir die Menschen versorgen, die zu Hause sind und coronaähnliche Symptome haben, aber wo es dem Hausarzt im Moment nicht möglich ist, vor Ort die Diagnostik durchzuführen, ob wir da über mobile Angebote zum einen eine erste hausärztliche Versorgung und Klärung, auf der anderen Seite aber auch eine Testung durchführen können, weil das oftmals Personen sind, die nicht in der Lage wären, in das Testzentrum zu kommen. Dann wird im Moment darüber nachgedacht eine Fieberambulanz oder ein Fieberzentrum aufzubauen. Sie kennen das aus anderen Stadt- und Landkreisen auch, wo im Grunde man den Hausärzten die fiebernden Patientinnen und Patienten abnehmen kann, und damit auch natürlich das Risiko minimiert, dass in der Hausarztpraxis dann möglicherweise am Ende positiv getestete Personen andere gefährden. Da haben wir auch schon eine Immobilie im Auge. Die kassenärztliche Vereinigung ist gerade dabei, die entsprechende Personalausstattung zu organisieren. Wir hoffen, dass wir das auch bald starten können.

Innerhalb der Kliniken gibt es einen Austausch an dem jeweils erforderlichen Material. Es gibt eine unüberschaubare Liste von Bestellungen, Masken aller Art und Schutzkleidung und so weiter, aber da rechnen wir in absehbarer Zeit mit den ersten Lieferungen, sodass wir auch diese Durststrecken, die an der einen oder anderen Stelle sich aufzutun erscheinen, überbrücken können. Insgesamt gibt es eine ganz hohe Solidarität innerhalb des gesamten Gesundheitswesens von Stadt- und Landkreis und auch sehr intensive Absprachen. Wir sind hier ganz intensiv dabei, dieses System weiter auf- und umzubauen. Auch das Klinikum und die anderen Kliniken sind in der Lage, noch mal nennenswert mehr Beatmungsplätze zur Verfügung zu stellen als es bisher gebraucht wurde und als es normalerweise so passiert. Das setzt aber voraus, dass man in den Kliniken zum Teil die ganzen Strukturen verändert. Da sind die Krankenhäuser dabei, sich darauf vorzubereiten und das dann auch vorbeugend so weit zu bringen, dass man auch auf einen größeren Zustrom von beatmungspflichtigen Bürgerinnen und Bürgern eingerichtet ist. Das noch mal um dieses kritische Thema des Gesundheitswesens zu berühren. Ich glaube, dass wir da im Moment, nicht nur durch die aktuelle Situation, sondern auch durch die Gesamtgrundlagen, die wir hier haben, eigentlich auch ganz gut vorbereitet sind, auf einen durchaus auch mal kurzfristigen massiven Anstieg.

Stadtrat Hock (FDP): Herr Oberbürgermeister, Sie haben jetzt schon viel angesprochen, aber ich möchte noch einmal gerne auf die Materialsituation eingehen oder vielleicht noch eine Nachfrage stellen. Ich höre, dass wir an Material herankommen, wenn ich das jetzt zwischen den Zeilen richtig aufgenommen habe, aber können Sie das noch mal etwas konkretisieren? Sind unsere Kliniken im Moment noch so aufgestellt, dass, falls eine größere Zahl an Patienten diese Zimmer belegen muss, die wir jetzt gerade in einzelnen Kliniken errichtet haben, auch die Ärzte und Pfleger mit ausreichend Material versorgt sind? Dies nicht nur tageweise, sondern dass man sagen kann, man kann damit eine Woche oder vierzehn Tage überbrücken? Das Wichtigste ist das Material, damit die Menschen und die Ärzte, die die Dinge wieder

richten sollen, ordentlich mit Material ausgestattet sind. Ich höre immer, es kommt etwas, aber ich möchte schon gerne wissen, ob wir da gut aufgestellt sind.

Stadträtin Fenrich (AfD): Das Städtische Klinikum hat dankenswerterweise Corona-Patienten aus dem nahen Elsass aufgenommen. Das Elsass, das wissen wir alle, ist wesentlich stärker betroffen als wir hier auf der anderen Rheinschiene. Mich würde es interessieren, ob Sie auch solche Maßnahmen für Italien geplant haben. Ich weiß, dass manche Städte Italiener aufgenommen haben, dort wo Kapazitäten frei wären, das wäre ein gutes Zeichen der Solidarität, soweit es möglich ist.

Der Vorsitzende: Um mit dem Letzten anzufangen, es gab den öffentlichen Aufruf am Freitagabend von Herrn Kretschmann und auch einen Brief des Sozialministeriums und der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft an alle Krankenhäuser, wo es ebenfalls freie Beatmungsplätze gibt, um hier den Kolleginnen und Kollegen im Elsass unter die Arme zu greifen. Über einen auch zunächst mal persönlichen Kontakt, den Herr Professor Spetzger mit einem Krankenhaus in Straßburg hatte, hat sich dann am Samstag relativ schnell abgezeichnet, und auch wir haben es miteinander intensiv geklärt, auch mit Bettina Lisbach, dass wir uns zunächst in der Lage sehen, drei Betten zur Verfügung zu stellen. Die wurden dann im Laufe des Sonntages auch belegt. Ich habe jetzt auch der Presse entnommen oder dem Online-Magazin, das die Stadt Leipzig jetzt Patienten aus Italien in ihre Krankenhäuser oder in ein Krankenhaus aufgenommen hat, das weiß ich jetzt im Detail nicht. Weitere französische Patientinnen und Patienten sind, wenn ich es richtig weiß, in Freiburg aufgenommen worden und auch in den südpfälzischen Krankenhäusern. Eine Maßnahme mit Italien ist im Moment nicht geplant, ist aber auch noch nicht an uns herangetragen worden. Wenn wir noch zusätzliche freie Kapazitäten haben oder hätten, würden wir eher noch unseren französischen Nachbarn hier weitere Unterstützung anbieten, denn dort muss es zum Teil auf italienische Verhältnisse zulaufen, deshalb ist dort die Unterstützung genauso geboten.

Die Frage, die Sie gestellt haben, Herr Hock, ich kann Ihnen das jetzt nicht auf Tage angeben, aber ich denke, die nächsten Wochen sind wir ausreichend versorgt, weil dann die Kliniken untereinander sich aushelfen. Auch wenn Sie mal eine Rückmeldung bekommen, in einem bestimmten Krankenhaus gehen die FP3-Masken zur Neige, dann stimmt das wahrscheinlich für das Krankenhaus, aber wir bekommen das durch den Gesamtverbund im Moment ausgeglichen. Die einfachen Schutzmasken, da laufen die Lieferungen auch schon wieder an. Bei den etwas komplexeren Dingen, kann ich Ihnen nicht versprechen, dass ich in einer Woche oder in zwei Wochen nicht sagen müsste, es wird vielleicht doch noch mal enger werden, aber im Moment ist das erst mal gewährleistet, sonst könnten wir uns auch gar nicht bereit erklären, jetzt hier auszuhelfen.

Gibt es zum Thema Corona noch weitere Fragen? Das ist nicht der Fall, dann möchte ich Sie noch kurz auf eine Sache einstimmen, ohne in das Detail zu gehen. Nein, das wollte ich im nichtöffentlichen Teil tun.

Dann bitte ich Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Schluss der öffentlichen Sitzung: 16:43 Uhr

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
27. März 2020